

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
Pressestelle . Zinnowitzer Str. 8 . 10115 Berlin
T: +49 30 420248-306 . F: +49 30 420248-630 . E: presse@amnesty.de
W: www.amnesty.de

PRO ASYL - Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge
Postfach 160624 . 60069 Frankfurt am Main

PRO ASYL Pressestelle . T: +49 69 23 06 95, E: presse@proasyl.de



PRESSEMITTEILUNG

ZUM BUNDESWEITEN FLÜCHTLINGSTAG 2012

PRO ASYL

DER EINZELFALL ZÄHLT.

S.O.S. FLÜCHTLINGE: RETTEN STATT ABWEHREN!

AMNESTY INTERNATIONAL / PRO ASYL: EU DARF AUSSENGRENZEN NICHT ABSCHOTTEN

BERLIN, 26.09.2012 - Auf der Flucht vor Unterdrückung, Gewaltkonflikten und Armut sind allein im Jahr 2011 über 1.500 Menschen im Mittelmeer umgekommen. Europas Abschottungspolitik ist dafür mitverantwortlich. Die Staaten an den EU-Außengrenzen sind gemäß der Dublin-II-Verordnung für den überwiegenden Teil der Asylverfahren zuständig. Viele von ihnen nehmen ihre Zuständigkeit jedoch nicht wahr.

So ließ Italien über Jahre hinweg Bootsflüchtlinge abfangen oder schickte sie ohne Prüfung ihres Schutzbegehrens nach Libyen zurück, wo ihnen Haft und Folter drohten. Auch in diesem Jahr vereinbarte Italien ein Abkommen mit dem nordafrikanischen Land, das diese Praxis ermöglicht. „Die italienische Regierung setzt Flüchtlinge damit der Gefahr schwerster Menschenrechtsverletzungen aus. Sie muss unverzüglich alle Abkommen zur Einwanderungskontrolle mit Libyen kündigen“, fordert Wolfgang Grenz, Generalsekretär von Amnesty International in Deutschland.

Malta verzögert die Rettung von Flüchtlingen in Seenot. In Griechenland wird Flüchtlingen der Zugang zu einem fairen Asylverfahren systematisch verwehrt. Gleichzeitig riegelt es seine Landgrenzen zur Türkei ab, wo aktuell tausende syrische Flüchtlinge ankommen. „Europa muss Flüchtlinge schützen, nicht seine Grenzen“, fordert Günter Burkhardt, Geschäftsführer von Pro Asyl.

Insbesondere im Umgang mit syrischen Flüchtlingen klaffen Reden und Handeln deutscher Politiker auseinander. Mit dem um sechs Monate verlängerten Abschiebungsstopp gibt es wieder keine Rechtssicherheit für diese Flüchtlinge: Duldungen in Deutschland sind angesichts der andauernden dramatischen Menschenrechtslage in Syrien unangemessen.

Amnesty International und Pro Asyl begrüßen die deutsche Teilnahme am Resettlement-Programm des UNHCR. Sie fordern jedoch, dass Deutschland erheblich mehr Menschen aufnehmen sollte. Bislang sind bis 2014 nur 300 Resettlement-Plätze pro Jahr vorgesehen. Allein für 2012 werden jedoch weltweit noch etwa 100.000 Plätze benötigt.

AMNESTY INTERNATIONAL ist eine von Regierungen, politischen Parteien, Ideologien, Wirtschaftsinteressen und Religionen unabhängige Menschenrechtsorganisation. Amnesty kämpft seit 1961 mit Aktionen, Appellbriefen und Dokumentationen für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen auf der ganzen Welt. Die Organisation hat weltweit mehr als drei Millionen Unterstützer. 1977 erhielt Amnesty den Friedensnobelpreis.